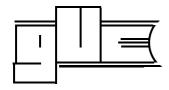
Oliver Mietzsch

ÖPNV-Infrastruktur in Städten -Modell der Nutznießerfinanzierung



GUC - Verlag der Gesellschaft für Unternehmensrechnung und Controlling m.b.H. Chemnitz 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Ludwig Gramlich (Reihenherausgeber der Chemnitzer Schriften zum Wirtschaftsrecht)

Mietzsch, Oliver:

ÖPNV-Infrastruktur in Städten - Modell der Nutznießerfinanzierung / Oliver Mietzsch - Chemnitz · Lößnitz: Verlag der GUC, 2019

(Dissertationsreihe; 76)

Zugl.: Chemnitz, Technische Universität, Dissertation, 2019; dort unter dem Titel:

Nichtsteuerliche Instrumente zur Finanzierung der schienengebundenen ÖPSV-Infrastruktur in Städten - Finanzverfassungsrechtliche Instrumente und verkehrliche Erreichbarkeits- sowie Erschließungsparameter zur Beteiligung der Nutznießer unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte

ISBN 978-3-86367-059-7

© 2019 by Verlag der GUC - Gesellschaft für Unternehmensrechnung und Controlling m.b.H. GUC m.b.H. · Chemnitz · Lößnitz

http://www.guc-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist - wenn sie ohne Zustimmung des Verlages erfolgt - unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck: Druckerei & Verlag Mike Rockstroh, Aue Gedruckt auf säurefreiem Papier - alterungsbeständig

Printed in Germany ISBN 978-3-86367-059-7

Inhalt

Vorwort	VV1
Abkürzungsverzeichnis	vii
Abbildungen und Tabellen	xiv
A Einleitung	1
1. Anlass und Ausgangsbedingungen	1
1.1 Finanzierungsgrundlagen des Öffentlichen Personennahverkehrs	2
1.2 Finanzierungsbedarf im ÖPNV	3
1.3 Alternative Finanzierungsquellen	5
1.4 Nicht-steuerliche Finanzierungsbeiträge für die schienengebundene ÖSPV- Infrastruktur in Städten	9
2. Fragestellung und Konzeption	11
2.1 Theoretischer Hintergrund	11
2.2 Zusammenhang zwischen ÖPNV-Infrastrukturerschließung und Immobilienpreisentwicklung als Anknüpfungspunkt für Nutznießerfinanzierung	12
2.3 Verkehrliche Parameter der Erreichbarkeit und Erschließungsqualität	13
3. Forschungsstand und methodisches Vorgehen	16
3.1 Forschungsstand	16
3.2 Methodisches Vorgehen	18
3.2.1 Hypothesen	18
3.2.1.1 Zusammenhang von schienengebundener ÖSPV-Erschließung und Immobilienpreisen	19
3.2.1.2 Der Beitrag als finanzverfassungsrechtlich gebotenes Finanzierungsinstrument	19
3.2.1.3 Geeignete verkehrliche Parameter der Erreichbarkeit und Erschließungsqualität	20
3.2.2 Definitionen	20
3.2.3 Untersuchungsgang	23
B Theorie	
1. (Verkehrs-)Infrastruktur und Klubgüter	
2. Aktueller Forschungsstand zu Kollektiv- bzw. Klubgütern im Bereich der	20
(Verkehrs-)Infrastruktur	32
2.1 Öffentliche und private Güter	32
2.2 Klubgüter als Mischform zwischen öffentlichen und privaten Gütern	36
3. Ökonomische und theoretische Grundlagen des Klubgutes Verkehrsinfrastruktur	36
3.1 Ökonomische Grundlagen	37

	3.2 Kosten und Kostenarten der Verkehrsinfrastrukturbereitstellung	39
	3.3 Ökonomische Legitimation der Betrachtung der ÖPNV-Infrastruktur als Klubgut	42
	3.4 Theoretische Grundlagen des Klubgutes ÖPNV-Infrastruktur	43
	3.4.1 Bereitstellung des Klubgutes ÖPNV-Infrastruktur	43
	3.4.2 Klubgröße	44
	3.4.3 Festlegung der Bereitstellungsmenge	45
	3.4.4 Bestimmung des Bereitstellungspreises/-entgeltes	46
	3.5. Zwischenfazit	
4.	Das Modell eines ÖPNV-Nutzerklubs inklusive Beitragserhebung	
	4.1 Modell eines Klubs der ÖPNV-Nutzer	
	4.2 Art und Umfang der Beitragserhebung	
	4.3 Die Rolle des Staates	
	4.4 Zwischenfazit	
5.	Entgeltfinanzierung statt Steuern ó die Rolle der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge	56
6.	Fazit	58
C	Rechtliche Rahmenbedingungen zur Erhebung eines ÖPNV-Infrastrukturbeitrag	
1.	Von der šlex lataõ zur šlex ferendaõ	60
2.	Deutschland als Steuerstaat	60
3.	Kommunale Finanzhoheit	63
	3.1 Steuern auf kommunaler Ebene	63
	3.2 Kommunalabgaben	65
	3.3 Erschließungs- und Straßen(aus)baubeiträge	66
	3.3.1 Rechtshistorischer Hintergrund	66
	3.3.2 Erschließungsbeiträge	67
	3.4 Erweiterung des Erschließungsbegriffs	71
	3.5 Zwischenfazit	
4.	Sonstige rechtliche Möglichkeiten zur Beteiligung Dritter an der kommunalen Erschließungslast	73
	4.1 Quantifizierung des Nutzens	76
	4.2 Straßen(aus)baubeiträge	78
	4.3 Wiederkehrende Beiträge	86
	4.4 Zwischenfazit	88
5.	Anschlussbeiträge	88
	5.1 Begriff der leitungsgebundenen Anlage	89
	5.2 Sachliche und persönliche Beitragspflicht	90
	5.3 Beitragsfähige Maßnahmen	92
	5.4 Erneuerung, Erweiterung und Verbesserung von Anlagen	92

	5.5 Maßnahmenbedingter wirtschaftlicher Vorteil	93
	5.6 Beitragssatz und Beitragskalkulation	94
	5.7 Zwischenfazit	97
6.	Fazit	98
D	Verkehrliche Parameter der Erreichbarkeit und Erschließungsqualität in der Theorie	103
1.	Erreichbarkeit, Erschließung und Siedlungsentwicklung	103
	Flächennutzung und Verkehrssystem	
	Begriffsdefinitionen allgemein	
4.	Erreichbarkeitsgrad und Erschließungsqualität	110
	4.1 Erreichbarkeit	110
	4.2 Quantitative und qualitative Parameter der Erreichbarkeit und Erschließungswirkung	111
	4.3 Einfache und integrierte Erreichbarkeitsparameter	113
	4.4 Indikatoren der Erreichbarkeit	116
	4.4.1 Reiseaufwandsindikatoren	116
	4.4.2 Räumliche Interaktionsmodelle und Wahlmöglichkeiten	119
5.	Fazit	121
E	Verkehrliche Parameter der Erreichbarkeit und Erschließungsqualität in der Pi	axis
1.	Einleitung	123
2.	Kenngrößen der Erschließungsqualität	124
	2.1 Funktionale Gliederung des Verkehrsnetzes	123
	2.2 Zielgrößen der Erreichbarkeit	
	2.3 Richtwerte der Anbindung	128
3.	Kenngrößen der Angebotsqualität	132
	Empfehlung für ein konkretes Erreichbarkeitsmodell zur Festsetzung eines ÖSPV-Schieneninfrastrukturbeitrages - am Beispiel der Verlängerung der U4 in Hamburg (Oliver Mietzsch und Marcus Peter)	136
	4.1 Erreichbarkeitsmodelle (Marcus Peter)	
	4.1.1 Genauigkeit und Aggregationsfehler: Skaleneffekt	
	4.1.2 Genauigkeit und Aggregationsfehler: Zoneneffekt	138
	4.1.3 Lösungsansätze: Kleinräumigkeit und Datenverfügbarkeit	
	4.2 Neue Methodologie zur Ermittlung und Bewertung von ÖPNV-Erreichbarkeiten (Oliver Mietzsch)	
	4.2.1 Erreichbarkeitsklassen der Europäischen Kommission	
	4.2.2 ÖV-Güteklassen in der Schweiz	
	4.2.3 Mainzer Stellplatzsatzung mit ÖV-Bonus	
	4.2.3 IVIUIIIZEI SLEIIPIULZSULZUIIY IIIIL UV-DUIIUS	140

4.3 Vergleichende Bewertung von Erreichbarkeitsmodellen am Beispiel der Verlängerung der U4 in Hamburg (Oliver Mietzsch und Marcus Peter)	148
4.3.1 Erreichbarkeit und Erreichbarkeitsindikatoren in der Planungspraxis (Mai	
Peter)	
4.3.2 Das Fallbeispiel der Verlängerung der U-Bahn-Linie 4 in Hamburg (Marcu	s Peter)
	149
4.3.2.1 Methode der Widerstandsberechnung	150
4.3.2.2 Reisezeitberechnung	151
4.3.3 Analyseebenen (Oliver Mietzsch und Marcus Peter)	153
4.3.3.1 ÖV-Erreichbarkeitsindex nach Mietzsch/Peter (Oliver Mietzsch und N	
4.3.3.2 Mainzer Stellplatzsatzung mit "ÖV-Bonus, "ÖV-Güteklassen" der Sch	weiz
und "ÖV-Zugang" der EU (Oliver Mietzsch und Marcus Peter)	156
4.3.3.3 Ermittlung von Investitionskosten (Oliver Mietzsch)	157
4.3.4 Räumliche Konkretisierung von Infrastrukturbeiträgen (Marcus Peter)	158
4.3.5 Zusammenfassung (Oliver Mietzsch und Marcus Peter)	161
4.4 Kommunale Nahverkehrspläne als Rahmen zur Festlegung von Erreichbarkeit Erschließungsqualitäten (Oliver Mietzsch)	
4.4.1 Rechtliche Grundlagen der Nahverkehrsplanung	162
4.4.2 "Zentrale-Orte-Konzept" u. Wohndichte als Ausgangs- bzw. Aknüpfungsp	unkte
	163
5. Fazit	
F Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	167
1. Kosten und Nutzen von Verkehrsinfrastruktur	167
2. Zusammenhang von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen und Wirtschaftsentwicklung	;169
3. Effekte von ÖPNV-Infrastrukturinvestitionen auf die regionale Wirtschaft	171
4. Wertermittlung der Lagegunst	
4.1 Hedonistische Preismodelle	
4.2 Ökonomischer Mehrwert von Immobilien durch ÖPNV-Erschließung	
4.2.1 Vorgehensweise und Ergebnisse	176
4.2.2 Untersuchungsgang und -methodik	177
4.2.2.1 Querschnittsanalyse	178
4.2.2.2 Längsschnittanalyse	180
4.2.2.3 Haushaltsbefragung zur Ermittlung von Zahlungsbereitschaften	181
4.2.3 Schlussfolgerungen	183
4.3 Standardisierte Bewertung	184
4.4 Abschöpfung des Mehrwertes	187
5. Fazit	188

G	Finanzbedarf ÖSPV-Schieneninfrastruktur	190
	Finanzbedarf allgemein	
•	1.1 Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben im ÖPNVÖPNV	
	1.2 Finanzbedarfe einzelner Bundesländer	
2.	Abgrenzung der Herstellungskosten von den Erhaltungskosten bei	
	Infrastruktureinrichtungen	195
3.	Kostenermittlung	197
4.	Zusammenhang von Siedlungsstruktur und Infrastrukturkosten	199
5.	Investitionsplanung	200
	5.1 Statische versus dynamische Investitionsplanung	201
	5.2. Kapitalwertmethode und Annuitätenmethode	202
6.	Fazit	204
Η	Fragebogen zur Machbarkeit eines Infrastrukturbeitrages für die ÖSPV- Schieneninfrastruktur in Städten	205
1.	Qualitative Experteninterviews als Instrument zur Gewinnung von Praxiswissen	205
2.	Auswahl der befragten Personen	206
3.	Fragestellung	208
4.	Durchführung der Experteninterviews	209
5.	Auswertung	212
6.	Schlussfolgerungen	216
I	Schluss	
1.	Ausgangslage	219
2.	Vorschlag für ein neues Finanzierungsinstrument	220
	2.1 Immobilienmehrwert durch ÖPNV als Anknüpfungspunkt für die Beitragspflicht	221
	2.2 Der Beitrag als Instrument zur Abschöpfung des Erschließungsnutzens	222
	2.3 Parameter der Erreichbarkeit und Erschließungsqualität	225
3.	Kommunen im Zentrum der Nutznießerfinanzierung	227
4.	Zusammenfassung	231
J.	Literaturverzeichnis	233
1.	Monographien/ Sammelbände/ Zeitschriftenbeiträge/ Rechtstexte	233
2.	Rechtsprechungsnachweise	274
3.	Links	279

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer langjährigen praktischen wie theoretischen Beschäftigung mit der Problematik der nachhaltigen Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs und hier insbesondere der schienengebundenen ÖPNV-Infrastruktur in Städten. Inspiriert durch einen mehrmonatigen Studienaufenthalt in den USA auf Einladung des German Marshall Fund habe ich mich dann stärker mit der Frage befasst, welchen Nutzen eine gute ÖPNV-Anbindung nicht nur für die Gesellschaft als Ganzes hat, sondern für diejenigen, die in Reichweite einer schienengebundenen ÖPNV-Infrastruktur unmittelbar von der besseren Erreichbarkeit profitieren. Diese Nutznießer werden bislang in einer ausschließlich auf allgemeinen Steuermitteln basierenden ÖPNV-Finanzierung nicht berücksichtigt, obwohl sie einen über den gesamtgesellschaftlichen Nutzen hinausgehenden einzelwirtschaftlichen Vorteil aus der Anbindung an das schienengebundene ÖPNV-Netz ziehen. Im außereuropäischen wie europäischen Ausland ist dieser Mehrwert einer guten ÖPNV-Erschließung längst als Anknüpfungspunkt für eine Finanzierungsbeteiligung der privaten Nutznießer erkannt, in Deutschland werden die Nutznießer von öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bislang nur im Bereich der erstmaligen Herstellung sowie des Ausbaus von Gemeindestraßen zu deren Finanzierung herangezogen.

An erster Stelle gilt mein Dank meinem Doktorvater, Herrn Prof. i.R. Ludwig Gramlich, der sich von Anfang an für das Thema begeistert und mich trotz der mitunter schwierigen Umstände einer neben der Vollerwerbstätigkeit erstellten Dissertation unermüdlich mit wissenschaftlichem und methodischem Rat unterstützt hat. Danksagen möchte ich auch dem Zweitbetreuer, Herrn Prof. Dr.-Ing. Carsten Sommer, für seine Bereitschaft zur Betreuung einer im Grenzbereich von Rechts-, Wirtschafts- und Verkehrswissenschaften angesiedelten Arbeit. Ohne die zahlreichen Gespräche, Ratschläge und Anmerkungen von Praktikern aus Kommunen und Verbänden wäre diese Arbeit nicht möglich geworden ó stellvertretend für viele danke ich Herrn Dipl.-Ing. Gerhard Ritscher und Herrn Dr. Jürgen Gies. Als Glücksfall hat sich während des Bearbeitungsprozess der Kontakt zu Herrn Marcus Peter ergeben, dessen Dissertationsprojekt und die vorliegende Arbeit sich kongenial ergänzen.

Zu Dank verpflichtet bin ich darüber hinaus Herrn Dipl.-Pol. Peter Thomas für die redaktionellen sowie Herrn Dr. Michael Schmiedel und Herrn Dr. Ekkehard Münzing für die inhaltlichen Anmerkungen. Alle dennoch vorhandenen Unzulänglichkeiten dieser Arbeit hat alleine der Verfasser zu verantworten. Nicht zuletzt danke ich meiner Frau Barbara für ihr Verständnis und den moralischen Rückhalt, ohne den diese Arbeit niemals Realität geworden wäre. Die Verwendung des generischen Maskulinums ist einzig der besseren Lesbarkeit geschuldet.

Abkürzungsverzeichnis

a Jahr

a.a.O. am angegebenen Ort

Abs. Absatz

ACA Adaptive Conjoint Analysis

AEG Allgemeines Eisenbahngesetz

AnwHinwSächsKAG Hinweise zur Anwendung des SächsKAG

AO Abgabenordnung

ARE (Schweizerisches) Bundesamt für Raumentwicklung

Art. Artikel

AUEV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Aufl. Auflage

Az. Aktenzeichen
BAnz Bundesanzeiger

BauGB Baugesetzbuch

BauNVO Baunutzungsverordnung

Bay. Bayern

BayGO Bayerische Gemeindeordnung

Bbg. Brandenburg

BBG Behindertengleichstellungsgesetz

BBSR Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Beschl. Beschluss ber. bereinigt Bd. Band

BFH Bundesfinanzhof

BHLS engl.: Busses with a High Level of Service

deutsch: Hochwertiges Busverkehrsangebot

BHO Bundeshaushaltsordnung

BMF Bundesministerium der Finanzen

BMVBS Bundesministerium für Verkehr, Bau und

Stadtentwicklung

BMVBW Bundesministerium für Verkehr, Bau- und

Wohnungswesen

BMVI Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

BOKraft Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen

im Personenverkehr

BOStrab Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung

BRT engl.: Bus Rapid Transit; deutsch: Schnellbussysteme

BVerwG Bundesverwaltungsgericht
BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts

bzw. beziehungsweise

CBA engl.: Cost Benefit Analysis; deutsch: Kosten-Nutzen-

Analyse

CBC engl.: Choice Based Conjoint Analysis; deutsch:

Verbundmessung

DG frz.: Direction Generale; deutsch: Generaldirektion

DID engl.: Difference-in-Difference; deutsch: Differenz-von

Differenzen-Ansatz

Difu Deutsches Institut für Urbanistik

DIN Deutsche Industrienorm

DÖV Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift für Öffentliches

Recht und Verwaltungswissenschaften)

DST Deutscher Städtetag

EEA Einheitliche Europäische Akte

Ebd. Ebenda

EFRE Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung

EL. Ergänzungslieferung

EN Europäische Norm

engl. englisch

EntflechtG Entflechtungsgesetz

EnWG Energiewirtschaftsgesetz

erw. erweitert

ESG Empfehlungen zur Straßenraumgestaltung innerhalb

bebauter Gebiete

EStG Einkommensteuergesetz

EU Europäische Union

EUR Euro

EuroAnpG NRW Euroanpassungsgesetz NRW

EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EWS Europäisches Währungssystem

EWWU Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

FernStrG Bundesfernstraßengesetz

FGSV Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen

f. Folgende

ff. Fortfolgende

FoPS Forschungsprogramm Stadtverkehr

frz. französisch

FStrPrivFinG Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz

GG Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

ggfs. gegebenenfalls

GBI. Gesetzblatt

GemHVO NRW Gemeindehaushaltsverordnung NRW GemO RhPf Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz

GemO BW Gemeindeordnung Baden-Württemberg

Gl. Gliederung

GO NRW Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

GruWAG Grundwasserabgabengesetz

GVBI. Gesetz- und Verordnungsblatt

GVFG Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

gpa NRW Gemeindeprüfungsanstalt NRW

ha Hektar

HAFAS Von der Firma HaCon entwickelte Software zur

Bereitstellung von Routenberechnungen im öffentlichen

Personenverkehr

HaushaltbegleitG Haushaltbegleitgesetz

HBF Hauptbahnhof

HBVA Hinweise für barrierefreie Verkehrsanlagen

He Hessen

HessVGH Hessischer Verwaltungsgerichtshof

HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz

HGT Henry-George-Theorem

HVZ Hauptverkehrszeit

i.d.F. in der Fassungi.d.R. in der Regel

i.H. in Höhe

InfrAG Infrastrukturabgabengesetz

inkl. inklusive

IV Individualverkehri.V.m. in Verbindung mit

IVR Integrierte Verbundrechnung

KAG Kommunale Abgabengesetze (einschl. der

Bezeichnungen für die jeweiligen Landesgesetze . siehe

Einzelnachweise)

Kap. Kapitel

km Kilometer

km/h Kilometer pro Stunde

KommJur Zeitschrift Kommunaljurist

KONTIV Kontinuierliche Erhebung zum Verkehrsverhalten

KStZ Kommunale Steuer-Zeitung

LBau Landesbauordnung (Rheinland-Pfalz)

LCC engl.: Life Cicle Cost; deutsch: Lebenszykluskosten

LKV Landes- und Kommunalverwaltung

(Verwaltungsrechtszeitschrift)

LSA Land Sachsen-Anhalt

m Meter

MaßnahmeG Maßnahmengesetz M.a.W. Mit anderen Worten

max. Maximal

MDV Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH

MiD Mobilität in Deutschland

min. Minute
Mio. Million

MIV Motorisierter Individualverkehr

MKRO Ministerkonferenz für Raumordnung

Mrd. Milliarde

M-V Mecklenburg-Vorpommern

m.W.v. mit Wirkung vom

NBauO Niedersächsische Bauordnung

Nds. Niedersachsen

Nds. GVBI Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

N.F. Neue Fassung

NGO engl.: Non-governmental Organization; deutsch:

Nichtregierungsorganisation

NJW Neue Juristische Wochenzeitung

NKAG Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz

NKF Neues kommunales Finanzmanagement

NÖHR Neues Öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen

NOx Stickoxid

NPM engl.: New Public Management; deutsch: Öffentliche

Reformverwaltung

Nr. Nummer

NW/NRW Nordrhein-Westfalen

NSM Neues Steuerungsmodell

o.ä. oder ähnlich

O-Bus Oberleitungsbus

OECD engl: Organization for Economic Cooperation and

Development; deutsch: Organisation für Wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung

OLG Oberlandesgericht

O.M. Oliver Mietzsch

ÖPNV Öffentlicher Personennahverkehr

ÖPNVG NRW Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in

Nordrhein-Westfalen

ÖPNVG LSA Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im

Land Sachsen-Anhalt

ÖSPV Öffentlicher Straßenpersonenverkehr

ÖV Öffentlicher Verkehr

OVG Oberverwaltungsgericht

p.a. per annum/ pro anno

PBefG Personenbeförderungsgesetz

PBefAusgIV Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher

Leistungen im Straßenpersonenverkehr

PBefGKostV Kostenverordnung für Amtshandlungen im entgeltlichen

und geschäftsmäßigen Personenverkehr mit

Kraftfahrzeugen

PBefGVwV Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum

Personenbeförderungsgesetz

qm Quadratmeter

RAILHUC Railway Hub Cities

RAS-N Richtlinien für die Anlage von Straßen . Teil: Leitfaden für

die funktionale Gliederung des Straßennetzes

Rdnr. Randnummer

RegG Regionalisierungsgesetz

RhPf Rheinland Pfalz

RiLSA Richtlinien für Lichtsignalanlagen

RIN Richtlinien für Integrierte Netzgestaltung

ROG Raumordnungsgesetz

RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (vormals

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung)

Saar Saarland

SächsBauO Sächsische Bauordnung

Sächsische Gemeindeordnung

SächsKAG Sächsisches Kommunalabgabengesetz

SächsStrG Sächsisches Straßengesetz

SächsOVG Sächsisches Oberverwaltungsgericht

S-Bahn Stadtschnellbahn
Schl.-H./SH Schleswig-Holstein

sog. sogenannt

SPNV Schienenpersonennahverkehr

SrV System repräsentativer Verkehrserhebungen

StVO Straßenverkehrs-Ordnung

SVR Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen

SWZ Startwartezeit

Tab. Tabelle Thür Thüringen

ThürKAG Thüringer Kommunalabgabengesetz
ThürÖPNVG Thüringer Gesetz über den öffentlichen

Personennahverkehr

TOD engl.: Transit Oriented Development; deutsch:

Baulandentwicklung entlang von ÖPNV-Achsen

u.a. unter anderem/ und andere

U-Bahn Untergrundbahn

US\$ US-Dollar

Urt. Urteil

UVEK Eidgenossenschaftliches Departement für Umwelt,

Verkehr, Energie und Kommunikation

v. von/vom v.a. vor allem

VDV Verband Deutscher Verkehrsunternehmen

VG Verwaltungsgericht

VGH Verwaltungsgerichtshof

verb. verbunden
v.H. vom Hundert
VKF Verkaufsfläche

VÖV Verband Öffentlicher Verkehrsunternehmen

VSS Verein Schweizerischer Straßenfachleute

VwGO Verwaltungsgerichtsordnung WZB Wissenschaftszentrum Berlin

z.B. zum Beispiel

ZfV Zeitschrift für Verkehrswissenschaft

zit. zitiert

ZögU Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche

Unternehmen

Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abbildung 1: Ubersicht der Preise für bleifreie Kraftstoffe in 31 von 35 OECD-Staaten
einschließlich des Steueranteils (Stand 1. Quartal 2014)í í í í í í í í í í .9
Abbildung 2: Wechselwirkungen zwischen den Modellelementen
Abbildung 3: Skalen-Effekt und Zentroid-Problem
Abbildung 4: Zonen-Effekt und Grenzproblem140
Abbildung 5: Verlängerung der U4 in die Horner Geest (Planung)150
Abbildung 6: Routensuche im ÖPNV-System
Abbildung 7: Mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbare Arbeitsplätze in 60 Minuten
155
Abbildung 8: Relative Finanzierungsbeteiligungen auf Basis unterschiedlicher
Berechnungsgrundlagen159
Abbildung 9: Analysebausteine/ Untersuchungsgang FoPS-Gutachten178
Abbildung 10: Arbeitsschritte der Standardisierten Bewertung zur Neuerstellung der
benötigten Verkehrsangebots- und nachfragedaten í í í í í í í í í186
Abbildung 11: Übersicht der Städte mit schienengebundener ÖSPV-Infrastruktur207
Tabellen
Tabelle 1: Mainzer Stellplatzsatzung mit ÖV-Bonus
Tabelle 2: Messverfahren zur Qualitätseinstufung von ÖPNV-Angeboten153
Tabelle 3: Zusammensetzung des ÖV-Erreichbarkeitsindexes
Tabelle 4: Auswertung der Antworten auf die Fragen zur Akzeptanzeinschätzung214